

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

12.6.1928 (No. 135)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: E. Klenz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Gilbert zur Zahlungsfähigkeit Deutschlands

Der am Montag abend veröffentlichte Halbjahresbericht des Agenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, enthält als wichtigste Feststellung den wiederholten Hinweis darauf, daß nach der Ansicht des Reparationsagenten Deutschland die für das Normaljahr des Dawesplanes 1928/29 vorgesehenen Zahlungen zu leisten imstande sein wird.

Der Eindruck des Reparationsberichtes in Berlin

Über den ersten Eindruck des Halbjahresberichtes des Reparationsagenten wird in Berliner politischen Kreisen betont, daß die Ausführungen Parker Gilberts im allgemeinen erfreulich sachlich und ohne jede Schärfe gehalten sind.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ messen die stärkste Beachtung den Ausführungen des Reparationsagenten über die endgültige Festsetzung der Reparationssumme bei.

Französische Stimmen zu Parker Gilberts Bericht

Nur wenige französische Blätter beschäftigen sich mit dem Bericht des Generalagenten. „Petit Parisien“ erklärt: Die Ausführung des Dawesplanes nimmt ihren geregelten Fortgang.

Der Reichstag ohne Rednerpult. Wie die „Post. Ztg.“ meldet, ist von der Rednertribüne des Reichstagesitzungssaales das Rednerpult verschwunden.

Letzte Nachrichten Rücktritt des Reichskabinetts

Müller-Franken mit der Regierungsbildung beauftragt. Berlin, 12. Juni. (Amtlich.) Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zu dem Herrn Reichspräsidenten und überbrachte ihm die Demission des Gesamtkabinetts.

Der Mann Müller wird nunmehr die offiziellen Verhandlungen mit den Führern der für die Koalition in Frage kommenden Parteien aufnehmen.

Über die Gesamtlage und die Aussichten der Regierungsbildung läßt sich ein sicheres Bild noch nicht gewinnen, jedoch dürfte, wie B.D.Z.-Bureau aus parlamentarischen, insbesondere aus Zentrumskreisen, hört, die Kabinettsbildung nicht so schnell vor sich gehen, wie in einem Teil der Presse bisher angenommen wird.

Mit dem Zusammenritt des neuen Reichstages erlöschen auch die Funktionen des bisher noch im Amte befindlichen Präsidiums.

Der Großdeutsche Parteitag in Bregenz

B.D.Z. Bregenz, 12. Juni (Tel.) Der Großdeutsche Parteitag nahm eine politische Entschiedenheit an in der besonderer Nachdruck auf die Erfüllung der an die Regierung und das Parlament gerichteten wirtschaftlichen Forderungen gelegt und mit Befriedigung die allgemeine Rechts- und Wirtschaftsangleichung an Deutschland mit dem Bemerkten festgesetzt wird.

Zu der Eisenbahnkatastrophe bei Nürnberg

Die Zahl der Opfer der Eisenbahnkatastrophe bei Siegeltsdorf dürfte mit der Zahl 24 den Höhepunkt erreicht haben.

Gegenüber der Meldung eines Berliner Morgenblattes über die mutmaßliche Ursache der Eisenbahnkatastrophe bei Siegeltsdorf wird an zuständiger Stelle der Reichsbahndirektion Nürnberg betont, daß bis jetzt eine mutmaßliche oder bestimmte Ursache der Zugentgleisung noch nicht festgestellt werden können.

Demgegenüber schreibt das in dem drei Stationen von Siegeltsdorf gelegene Neustadt a. d. Aisch erscheinende „Neustädter Anzeigenblatt“ folgendes: In verschiedenen Berichten ist zu lesen, daß das Unglück möglicherweise auf ein Attentat zurückzuführen sei.

Die Erhebungen über die Ursachen des Eisenbahnunglücks bei Siegeltsdorf werden auch heute noch von einer Kommission der Reichsbahnverwaltung und der Staatsanwaltschaft fortgesetzt.

Deutschland, Österreich, Italien

Mussolini hat dieser Tage eine bemerkenswerte außenpolitische Rede gehalten. Für uns um so bemerkenswerter, als er sich dabei auch mit dem Verhältnis Italiens zu Deutschland und zu Österreich beschäftigt hat.

Wir dürfen mit Genugtuung von diesen Worten Mussolinis Kenntnis nehmen. Es ist das erstmal, daß das Oberhaupt einer der Staaten, mit denen wir hauptsächlich im Kriege gelegen sind, die Beziehungen zu uns schlechthin als „herzlich“ bezeichnet.

Was die Furcht vor deutschen Einmischungen in die innere Politik Italiens betrifft, so ist sie nicht begründet.

Genau so ist es ja auch im öffentlichen Leben des Volkes selbst: Viele Staatsbürger ziehen in Angelegenheiten des geschäftlichen Interesses durchaus an einer Schnur; es fällt ihnen aber nicht im geringsten ein, auf die Eigenarten ihres privaten Lebens zu verzichten.

Recht fatal ist und bleibt einstweilen die südtiroler Frage. Aber auch hier ließe sich ein Arrangement treffen. Von beiden Seiten könnte man sich entgegenkommen.

Ein solcher Krieg ist für uns und sicherlich auch für die Österreicher unvorstellbar. Die Tendenz der politischen Entwicklung in Europa weist auf ganz andere Notwendigkeiten hin.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat kürzlich in einem Interview von den Möglichkeiten einer mitteleuropäischen Konvention gesprochen und darauf hingewiesen, daß Österreich in eine derartige größere Einheit einzubeziehen sei.

Wir sind schon lange überzeugt davon, daß die Differenzierungs- und Loslösungsbestrebungen aus der Zeit der Friedensschlüsse und der nächstfolgenden Jahre nach und nach abgelöst werden durch das Verlangen nach einer größeren politischen Zusammenfassung. Die Zerstückelung ist heute so groß, daß einige wenige Mächte das Hauptwort führen dürfen. Hier gilt es, durch den Zusammenschluß von Staaten, die im wesentlichen die gleichen Interessen haben, starke politische Kraftzentren zu schaffen. Damit eröffnet sich ganz von selbst der Blick auf die Bündnispolitik der Zukunft, von welcher wir schon mehrfach an dieser Stelle gesprochen haben. Vielleicht werden Deutschland und Italien an einer solchen Bündnispolitik Geschmack finden. Vielleicht auch nicht. Eines aber ist ganz sicher, daß Österreich sich nur an Kombinationen beteiligen wird, bei denen auch Deutschland engagiert ist.

Mit Nachdruck hat Dr. Seipel in seinem Interview gesagt: „Man mag zu der Frage des Anschlusses stehen wie man will, so ist Österreich doch heute schon mit Deutschland in einem viel höheren, als staatsrechtlichen Sinne verbunden, und zwar unlösbar verbunden.“ Und auch die Arbeiten zur Ausgleichung und Angleichung der beiden Staaten werden fortgesetzt werden. Bei alledem wünsche der österreichische Bundeskanzler, daß sich die Beziehungen zu Italien wesentlich bessern werden; ja er hege die feste Zuversicht, daß dies geschehen werde, und Mussolinis letzte Rede habe ihn in dieser Zuversicht gestärkt.

Die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1927

Das Reichsfinanzministerium gab eine Übersicht über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1927 bekannt:

Danach zeigt der ordentliche Haushalt eine ordentliche Einnahme von 9 677,3 Millionen Reichsmark, von denen allein 6 490,8 Millionen Reichsmark auf die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben entfallen. Die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts machen 8 819 Millionen Reichsmark aus. Davon entfallen 3 011,8 Millionen Reichsmark auf die Steuerüberweisungen an die Länder, 735,7 Millionen Reichsmark auf Befoldungen und andere persönliche Ausgaben, 1 632,4 Millionen Reichsmark auf die Versorgungs- und Ruhegehälter, einschließlich Kriegsbeschädigtenrenten, 806,7 Millionen Reichsmark auf die Sozialversicherung, 205,8 Millionen Reichsmark auf die Erwerbslosenfürsorge (unterstützende), 329,2 Millionen Reichsmark auf die Ausgaben des Heeres, 107,9 Millionen Reichsmark auf die sachlichen Ausgaben der Marine und 202,2 Millionen Reichsmark auf die Schutzpolizei.

Die Reichsschuld (Verzinsung und Tilgung, Anleiheablösung) macht 513,7 Millionen Reichsmark aus. Innere Kriegsschulden betragen 189,5 Millionen Reichsmark und die Reparationszahlungen 331,7 Millionen Reichsmark. Die Mehreinnahmen des ordentlichen Haushalts betragen danach 858,3 Millionen Reichsmark. Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1927 noch unbedeckten Restausgaben sind erforderlich: 520,1 Millionen Reichsmark, wovon der Überschuß auf 338,2 Millionen Reichsmark zurückgeht. Von diesem Überschuß sind wieder zur Ausgabendeckung des außerordentlichen Haushalts 176,2 Millionen Reichsmark verwendet worden, so daß der tatsächliche Überschuß im ordentlichen Haushalt mit 162 Millionen Reichsmark in den neuen Haushaltsplan eingerechnet werden konnte. Davon kamen 127 Millionen Reichsmark in den ordentlichen und 35 Millionen Reichsmark in den außerordentlichen Haushalt 1928 hinein.

Der außerordentliche Haushalt 1927 hatte bei einer Gesamteinnahme von 27,4 Millionen Reichsmark eine Gesamtausgabe von 492,7 Millionen Reichsmark. 118 Millionen Reichsmark erforderte die werkschaffende Erwerbslosenfürsorge, 114,2 Millionen Reichsmark das Wohnungs- und Siedlungswesen und 67,5 Millionen Reichsmark die Reparationszahlungen (Reservefonds). Zu den Mehreinnahmen von 465,3 Millionen Reichsmark kommen noch 268,3 Millionen Reichsmark zur Deckung noch unbedeckter Restausgaben am Schluß des Rechnungsjahres 1927 hinzu. An Beständen waren am Schluß des Rechnungsjahres 744 Millionen Reichsmark vorhanden, wovon 465,3 Millionen Reichsmark im außerordentlichen Haushalt investiert sind. Der buchmäßige Bestand am Schluß des Rechnungsjahres betrug danach 278,7 Millionen Reichsmark.

Von den am Schluß des Rechnungsjahres noch unbedeckten Ausgaberesten des ordentlichen Haushalts entfallen 288 Millionen Reichsmark auf Bewilligungen, die erst kurz vor Jahreschluß durch den Nachtrag ausgesprochen worden sind (Notprogramm und Liquidationsschuldenrückstellungen) und die deshalb in der kurzen Zeit bis zum Abschluß der Bücher nicht mehr abgewickelt werden konnten.

Die Reichsschuld hatte folgenden Stand: Die auf Reichsmark lautende Schuld betrug am 31. Dezember 1927 6757 Millionen Reichsmark, am 31. März 1928 6750,5 Millionen Reichsmark.

Die auf fremde Währungen lautende Schuld betrug am 31. Dezember 1927 903,5 Millionen Reichsmark, am 31. März 1928 901,7 Millionen Reichsmark. Die Gesamtschuld betrug danach am 31. Dezember 1927 7660,5 Millionen Reichsmark, am 31. März 1928 7652,2 Millionen Reichsmark.

Badisches Landestheater

Carmen

In der für die Mitglieder der Volksbühne angesehenen Montag-Aufführung von Bizets „Carmen“ sang erstmals Carsten Derner den Escamillo. Man gewann den Eindruck einer gefanglich klar durchgearbeiteten Leistung, die auch darstellerisch nicht ohne innere Erlebnisstärke blieb. Ebenfalls zum erstenmal begegnete man dem allezeit sich bewährenden Josef Witt als Don José; namentlich die dramatischen Akzente der Rolle brachte er zu eindringlicher Wirkung, erfreute aber nicht minder in den lyrischen Teilen durch Gefühlswärme. Auch sein Spiel ließ keinen Augenblick den Eindruck des Eintübierten aufkommen und gab daher gemeinsam mit Magda Straß, deren Carmen-Auffassung immer unmittelbarer aus dem Leben gewonnen scheint, dem Abend manchen Höhepunkt. Es erhoben sich überhaupt in der unter Generalmusikdirektor Josef Krips oft in sehr lebhaftem Zeitmaß gehaltenen Aufführung alle Mitwirkende fast ausnahmslos über den Durchschnitt, selbst die beiden Pigeoniermädchen Emma Seiberlich und Ellen Winters boten Ausgezeichnetes. Heller Jubel des dichtbesetzten Hauses dankte wiederholt für die vorzügliche Wiedergabe. S. Sch.

Aus dem Reichstag u. dem preußischen Landtag

23. Berlin, 12. Juni (Tel.) Die kommunistische Reichstagsfraktion wird, wie das Nachrichtenbüro des R.D.Z. hört, zur Eröffnung des Reichstags einen Antrag auf eine politische Generalamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen einreichen. Ferner fordert die kommunistische Fraktion die sofortige Freilassung des verhafteten Reichstagsabgeordneten Rittenberger. — Wie wir weiter erfahren, werden die Kommunisten fordern, daß diese Anträge sofort beraten werden.

Der kommunistische Abgeordnete Golle, der am Samstag wegen der Zwischensfälle in der Freitagssitzung des preußischen Landtages für die Dauer von 8 Sitzungstagen ausgeschlossen worden ist, hat gegen seinen Ausschluß Protest eingelegt. Er erklärt, daß seine Handlungsweise dem berechtigten Zorn über das unqualifizierte Verhalten des Abg. Konfied entsprungen sei, der ihn zugerufen habe: Was wollt Ihr hier, Ihr Lumpengesindel?

Staatssekretär Kellogg über den Kriegsschlichtungspakt

Bei einem Bankett, das anlässlich der 300-Jahr-Feier der New-Yorker ersten Reformierten holländischen Gemeinde im Hotel Pennsylvania stattfand, hielt Staatssekretär Kellogg eine Rede, in der er, nachdem er den Anteil Hollands an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas gewürdigt hatte, auf die Verhandlungen zu sprechen kam, die zur Zeit zwischen einer Reihe von Nationen wegen Abschluß eines Kriegsschlichtungspaktes im Gange sind. Der Staatssekretär skizzierte kurz die Vorgeschichte dieser Verhandlungen und betonte dabei besonders die Initiative des Außenministers Briand. Den Fortgang der Verhandlungen bezeichnete er als sehr ermutigend. Vier Länder, England, Deutschland, Italien und Japan, denen der amerikanische Vertragsentwurf zunächst unterbreitet worden sei, hätten sämtlich ihre herzhafte Zustimmung zu den darin enthaltenen Grundgedanken ausgesprochen, und auch Indien, der irische Freistaat sowie die Dominien, die man auf Vorschlag der britischen Regierung eingeladen habe, sich als selbständige Partner an den Verhandlungen zu beteiligen, hätten ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben. Auch von anderen Ländern sei der Wunsch ausgesprochen worden, dem Pakt beizutreten, und es sei zu hoffen, daß man sich bald auf den endgültigen Wortlaut des Vertrags einigen werde.

Staatssekretär Kellogg fuhr dann fort: „Es ist bezeichnend, daß in Europa seit dem Weltkrieg verschiedene Versuche unternommen worden sind, die nationalen und die Rassengegensätze zu versöhnen, internationale Konflikte friedlich beizulegen und künftige Kriege zu vermeiden. Ich bin der Meinung — und meiner Überzeugung nach wird diese Meinung von den leitenden Männern der anderen Regierungen geteilt — daß es bei diesen Bestrebungen noch eines weiteren Schrittes bedarf.“

Ich kann nicht glauben, daß Völker zögern werden, sich in ausdrücklichen und feierlichen Worten zu einer derartigen Achtung des Krieges zu verpflichten.

Zum Schluß erklärte Staatssekretär Kellogg, daß man mit der Zeit bei den Paktverhandlungen nicht soviel Gewicht auf engherzige Erwägungen legalistischer Art legen werde, als auf die Grundsätze, auf denen der Entwurf fuhe. Er sei fest davon überzeugt, daß die einfache und unabweisende Verteilung des Krieges, die in dem amerikanischen Entwurf enthalten sei, den größten moralischen Wert besitze. Deshalb könne man hoffen, daß sich die beteiligten Nationen in naher Zukunft bereitfinden würden, den Kriegsschlichtungspakt zu unterzeichnen. Eine Nation, die späterhin zu einem Krieg ihre Zuflucht nehme, um ihre nationalen Interessen zu fördern, müsse der Vorteile und Bürgschaften verlustig gehen, die der Vertragsentwurf vorsehe. Das sei Zweck und Ziel der Verhandlungen, die zur Zeit zwischen 15 Weltmächten stattfänden.

Eine politische Rede Zaleski

Auf einem ihm zu Ehren in Paris gegebenen Bankett erklärte der polnische Außenminister Zaleski, man dürfe nicht vergessen, daß gewisse Kräfte an einer entgegengesetzten Richtung arbeiteten. Revisionistische Hintergedanken hegen heiße, das ganze Friedensgebäude wieder ins Schwanken zu bringen. Die Frage der Sicherheit spiele für Polen wie für Frankreich eine überragende Rolle. Dadurch seien alle Pfänder, die die gemeinsame Sicherheit der Alliierten gewährleisten, wertvoll, daß ihre Preisgabe ohne angemessene Gegenleistung nicht gleichgültig sei. Zaleski bezeichnete das Bündnis mit Frankreich als eine Verdolmähigung der auf dem Völkerbündnis begründeten Friedensorganisation. Wie Frankreich, so erstrebe auch Polen eine Normalisierung seiner Beziehungen zu seinen Nachbarn. Polen habe in letzter Zeit viel Geduld und Güte gezeigt. In den Verhandlungen Polens mit Deutschland zum Abschluß eines Handelsvertrages habe Polen sein möglichstes getan. Leider seien seine Bemühungen bis jetzt auf starken Widerstand gestoßen.

Kurze Nachrichten

Vereinigung Walbels mit Preußen. Dem preußischen Landtag ist jetzt der Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaates Walbed mit Preußen zugegangen.

Abtransport der letzten Rhosgenbestände aus Hamburg. Am Montag nachmittag wurden die letzten Rhosgenbestände aus Hamburg abtransportiert. Das Rhosgen war bereits in den letzten Tagen eishawärts geschafft worden und wurde nun unter Aufsicht der Reichsmarine auf einen Dampfer übernommen, der dann in Begleitung eines Schleppers in Richtung Nordsee abfuhr. Den Transport des Giftgases begleiten ungefähr 50 Reichsmarinemilitären.

Klaus Jörn von Bulach tritt seine Gefängnisstrafe an. Baron Klaus Jörn von Bulach, dessen 13monatige Gefängnisstrafe wiederholt mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand aufgeschoben wurde, hat sich Montagabend um 7 Uhr im Straßburger Gefängnis zum Strafanktritt eingefunden.

Abwehrungsgefahr im schweizerischen Rheintal. Die starken Niederschlagsmengen der letzten Tage haben wieder ein bedeutendes Steigen des Rheines bewirkt. Der Rhein hat bei Buchs bereits einen Pegelstand von 8,30 Meter erreicht, bei Reichenau einen solchen von 7,50 Meter.

Forderung auf Zurückziehung der ausländischen Truppen. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Schanghai erklärt die Hanfing-Regierung in einem Manifest an die fremden Mächte, daß alle ausländischen Truppen unzulässig von chinesischem Boden zurückgezogen werden müßten, um Mißverständnisse und gegenseitiges Mißtrauen zu vermeiden. Die Zeit für Verhandlungen über neue Verträge sei gekommen, und diese Verträge müßten sich auf Gleichheit und gegenseitige Achtung gründen.

Der spanische Arbeitsminister Don Eduardo Aunós, der sich zur Zeit in Berlin aufhält, stiftete am Montag mittig dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen Besuch ab.

Badischer Teil

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 12. Juni.

Präsident Dr. Baumgartner leitete heute wieder die Sitzung. Unter den Eingängen befindet sich eine Mitteilung des Justizministers, wonach er zur Beantwortung der kommunistischen förmlichen Anfrage betr. Reichsammesse bereit ist. Die Antwort erfolgt beim Justizetat.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden hat wegen der Grund- und Gewerbesteuer eine Eingabe an den Landtag gerichtet.

Die Einzelberatung über das Budget des Innenministeriums wird beim Titel Bezirksverwaltung fortgesetzt.

Abg. Frau Fischer (Soz.) kommt auf die Polizeifürsorge und die Aufgaben der weiblichen Polizei zu sprechen. Bis jetzt seien damit ganz gute Erfolge erzielt worden.

Abg. Seymann (Komm.) bekämpft aufs neue die Polizei. Er sieht in ihr nur ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterkraft.

Für die Förderung des Luftverkehrs waren im außerordentlichen Etat 200 000 M vorgezogen. Der Ausschuß hat diese Summe auf 150 000 M ermäßigt, womit sich die große Mehrheit des Hauses einverstanden erklärt.

Der Vorschlag der Bezirksverwaltung wird darauf mit allen gegen 3 kommunistische Stimmen genehmigt.

Bei Titel V

Polizei und Gendarmerie

Beauftragen die Kommunisten kurzerhand Streichung sämtlicher Positionen.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) kommt nochmals auf die Stellung der Polizeidirektoren zurück. Er hält die Situation durch den Erlass des Ministers für geklärt und stellt ein reibungsloses Zusammenarbeiten von Polizeidirektor und Amtsvorstand fest. Der Redner begrüßt den Versuch mit der weiblichen Polizei, die für viele Aufgaben des Bezirksamts recht geeignet erscheint. Er betont zum Schluß die Wichtigkeit der Tätigkeit der Gendarmerie, worin ihm der Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) beipflichtet.

Abg. Seymann (Komm.) begründet einen Antrag auf Kommunalisierung der Polizei.

Abg. Feurich (Ztr.) bestreitet den Kommunisten das Recht, im Namen der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu sprechen, die heute eine andere Stellung zum Staat einnehme als früher. Wer fortgesetzt unqualifizierte Angriffe gegen den Staat richtet, darf nicht zu gelegener Zeit dessen Schutz verlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt: Was einem auf die Nerven geht, ist nicht die Schärfe des Angriffes, sondern die Selbstüberhebung der Kommunisten, die doch nur eine Minderheit der arbeitenden Bevölkerung darstellen. Sie (zu den Kommunisten gewandt) haben am Parlamentarismus, an Demokratie und Ordnung im Staatsleben gar kein Interesse. Ihre grundsätzliche Auffassung und Taktik ist geradezu feindselig. Sie wollen die Gewalt an sich reißen, aber nicht das geringste tun, um die Massen über die Wirklichkeit aufzuklären. Auf solche Weise wird man das sozialistische Ideal nicht durchsetzen. Die Absicht der Kommunisten geht allein darauf hinaus, die Arbeiter zu belügen, um sie hinter sich zu bringen.

Abg. Ritter (Ztr. Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten und sagt, daß er mit den rechten Kommunisten bei der Generaldebatte abrechnen werde.

Bei § 11 — Interkurst — beantragt die volksparteiliche Fraktion 800 000 M einzusetzen statt 840 000 M. Der Antrag wird abgelehnt und dem Beschluß des Haushaltsausschusses zugestimmt. Auch weitere Streichungsanträge der gleichen Fraktion, ebenso solche der Wirtschaftspartei fallen. Es bleibt bei den Ausschlußbeschlüssen.

Bei Titel VI

Polizeiliches Arbeitshaus

findet die Abg. Frau Trautwein (Soz.) unter Anerkennung der bestehenden Fürsorgemaßnahmen, daß ein Bewahrungshaus für völlig asoziale Elemente fehlt.

Ministerialdirektor Hörenbach erwidert, daß man abwarten wolle, ob und was das Reich in dieser Beziehung tue, ehe man zu einer landesrechtlichen Regelung übergeht.

Titel V und VI werden gegen die 4 Kommunisten bewilligt.

Es folgt Titel VII

Soziale Versicherung

Abg. Kühn (Ztr.) bemängelt das langsame Verfahren bei den Versicherungsämtern.

Ministerialdirektor Hörenbach erinnert an das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit bei diesen Behörden. Es soll alles geschehen, um die Geschäfte der Versicherungsämter im Interesse der Antragsteller zu beschleunigen.

Abg. Lechleiter (Komm.) bringt Fälle zur Sprache, wo Rentengeschsteller jahrelang hingehalten worden seien.

Abg. Markloff (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß in komplizierten Fällen oft langwierige Erhebungen nötig seien, damit solle aber das langsame Verfahren bei den Versicherungsämtern nicht entschuldigt werden. Der Redner hält die Unternehmungsverhältnisse des Oberverwaltungsgerichts in Freiburg für völlig unzureichend, besonders was den Verhandlungsfaal anlangt. Abhilfe könnte geschaffen werden durch Freimachung des zweiten Stockes des betreffenden Gebäudes. Abg. Markloff wünscht ferner einen Wechsel in der Person des stellvertretenden Vorsitzenden des Freiburger Gerichts. Solche Stellen müßten mit Leuten besetzt werden, die nicht nur juristisch befähigt seien, sondern auch die menschliche Vereingenschaft in der Behandlung des Publikums befähigen.

Abg. Bad (Komm.) bezeichnet die Methode, wie sie in Freiburg beliebt werde, als Standal. Die Abweisung erfolgte in zynischen, höhnischen Worten.

Abg. Hartmann (Zentr.) beklagt gleichfalls, daß bei Leuten, die schon ein Jahr von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind, die Renten immer noch nicht entschieden seien. So dürfe man mit den Armen der Armen verfahren. Wir wünschen eine andere Besetzung der Oberversicherungsämter, damit ein rascheres Tempo Platz greifen kann. Die Tuberkulosekranken müßten zuerst berücksichtigt werden.

Abg. Frau Fischer (Soz.) kritisiert das Verhalten von Fürsorgeämtern, die gewünschte Unterstellungen nach erfolgter Rentenbewilligung wieder abziehen.

Ministerialdirektor Hörenbach erklärt: Die heute vorgebrachten Klagen sind ein trasses Beispiel dafür, wie es heute in der Verwaltung aussieht. Man spricht immer vom Abbau der Beamten, nicht aber vom Abbau der Arbeit. Die Arbeit hat ungeheuer zugenommen, aber wir dürfen keine neuen Beamten einstellen. Es liegt also beim Parlament, hier eine Änderung herbeizuführen. Der Zustand, daß die Gutachter-tätigkeit der Bezirksärzte zu langsam erfolgt, muß aufhören. Was die Verhältnisse in Freiburg betrifft, so ist hierfür das Finanzministerium zuständig, das erklärt, im Augenblick keine Mittel für den Umbau zur Verfügung zu haben. Mit der Auffassung des Abg. Markloff über die Vereingenschaft

der Versorgungsrichter gehe der Minister und er, der Redner, einig.

Abg. B o d (Komm.) kritisiert die Spruchpraxis bei Unfällen in landwirtschaftlichen Betrieben.

Präsident Dr. Baumgartner gibt bekannt, daß die volksparteilichen Anträge auf Kürzung zweier Positionen des Titels VII zurückgezogen worden seien. — Zum Kapitel landwirtschaftliche Unfallversicherung (sprechen noch die Abgeordneten Kramer (Zentr.) und Klauer (Wirtschaftsp.), worauf Titel VII nach den Ausschlußbeschlüssen unverändert genehmigt wird.

Es folgt Titel VIII — Wohlfahrtspflege. — Dazu liegen eine große Anzahl Anträge vor, die teils Erhöhungen, teils Kürzungen der angeforderten Beträge verlangen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (dnk.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Ministers über die Erfahrungen, die man bis jetzt mit der Aufhebung der Kasernierung der Prostitution gemacht habe. Die Prostitution lasse sich durch Gesetze nicht beseitigen. Der Staat müsse aber den trüben Folgen entgegen treten. Die üblen Erscheinungen auf der Straße müssen wir als Übergangsstadium in Kauf nehmen. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bedeute einen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand.

Abg. Frau Siebert (Zentr.) bespricht das weite Gebiet der Fürsorgefähigkeit und gibt dazu wertvolle Winke und Anregungen.

Abg. Gündert (D. Rp.) wendet sich dagegen, daß von Jahr zu Jahr der innere Finanzgleichgewicht zwischen Staat und Gemeinden geändert und der Verteilungsschlüssel für die Fürsorgeleistungen zum Nachteil der Gemeinden anderweitig festgesetzt wird.

Abg. Frau Fischer (Soz.) bedauert, daß auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege nicht weit größere Mittel eingesetzt werden könnten. Die Familienfürsorge müsse weiter ausgebaut werden, ebenso die Erholungsfürsorge für die Kinder. Auch die Sorge für den Säugling sei ungeheuer wichtig, schon im Hinblick auf die in der erwerbstätigen Frauenwelt weitverbreitete Tuberkulose. Zur Bekämpfung dieser Krankheit müsse das Außerliche geschaffen. Alle, die sich in den Dienst der Kranken u. Gebrechlichen stellen, verdienen herzlichen Dank. Dem Abg. B o d (Komm.) geht der Fürsorgetat nicht weit genug. Er lehnt ihn ab.

Abg. Marloff (Soz.) stellt fest, daß im Hinblick auf die verschiedenwertigen Anwendungen der Städte und Gemeinden der Satz für die Zuweisungen zum Fürsorgeaufwand nicht einheitlich für das ganze Land festgesetzt werden kann, und wolle man auf sittlichen Gebiete vorwärts kommen, so müsse man vor allem die sozialen Verhältnisse bessern und für einwandfreie sexuelle Aufklärung der Jugend sorgen.

Abg. Frau Richter (dnk.) betont, daß alles darauf ankomme, Mütter zu erziehen, dann würde manche Fürsorge überflüssig werden. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten habe sich bisher nicht voll auswirken können, die Frauenorganisationen seien mitverantwortlich für das Gesetz, von dem sie allerdings nicht restlos befreit sind. Sie hätten ein Bewahrungsgesetz zum Schutze der Jugendlichkeit gewünscht. Sorgen wir dafür, daß die Schamhaftigkeit erhalten bleibt, und Schmutz und Schand verschwinden. Die Frauen möchten den Mut finden, sich in der Bekämpfung der Unzucht auf die Seite der Männer zu stellen. Zum Kriegsschadenschuldschutz äußert die Rednerin die Bitte, man möge den Geschädigten wenigstens bald mitteilen, was sie noch zu erwarten haben.

In der Abtunung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt und die Positionen entsprechend den Ausschlußbeschlüssen genehmigt. Dadurch erfährt der Fürsorgeaufwand des Landes eine Erhöhung von 5 640 000 M auf 6 Millionen Reichsmark. Dazu gelangt auch eine Entschliebung zur Annahme, wonach a) im Falle einer Verbesserung der Finanzlage des Staates in erster Reihe eine Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der gehobenen Fürsorge eintreten, b) geprüft werden soll, ob nicht der Verteilungsschlüssel dieses Staatszuschusses an die Fürsorgeverbände gemäß ihrem Aufwande gestaffelt werden sollte.

Abg. Heymann (Komm.) wendet sich gegen Staatszuschüsse an die religiösen Verbände und beantragt staatliche Subvention für die rote Hilfe.

Abg. Siebert (Ztr.) nimmt die religiösen Gemeinschaften gegen die kommunistische Auffassung in Schutz. Der Caritasverband habe 30 000 Kinder in Erholung geschickt. Man denke an die 5000 Schwelmer, die selbstlos das Bett der Nächstenliebe ausübten. Der staatliche Zuschuß sei klein und man werde immer auf die Opferwilligkeit der Glaubensgenossen angewiesen sein.

Abg. Maier-Weidberg (Soz.) spricht sich für die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, auch der religiösen, aus, da man dafür sei, daß die staatliche und gemeindliche Fürsorge durch die private Liebestätigkeit ergänzt wird. Solange die rote Hilfe ein Parteinstrument der Kommunisten sei, ihre Weisungen von der kommunistischen Zentrale empfangen, könne von staatlicher Unterstützung nicht die Rede sein.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) behält sich eine Stellungnahme zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor im Hinblick auf einen Aufsatz, den die frühere Reichstagsabgeordnete Frau Philipp, die den Verhandlungen beigewohnt hat, ausarbeiten wird. Sie macht heute nur auf die Gefahren aufmerksam, die aus der Wohnungsfrage erwachsen.

Abg. Heymann (Komm.) hält die Anforderung von 18 500 Reichsmark für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für viel zu gering.

Die kommunistischen Anträge fallen. Die restlichen Positionen des Titels VIII (ordentl. Etat) werden genehmigt, ebenso die Anforderungen des außerordentlichen Etats mit Ausnahme des § 1, die Bekämpfung der Tuberkulose betreffend. Hierzu liegt ein Antrag Siebert (Ztr.) vor, von den eingeleiteten 125 000 M den Betrag von 39 000 Reichsmark für den Ausbau der Kinderheilstätte Friedenweiler zu verwenden.

Die Sache muß zunächst im Haushaltsausschuß erledigt werden, der diesen Nachmittag 5 Uhr zusammentritt.

Der Präsident gibt sodann einen Antrag der Volkspartei auf Ergänzung des Finanzgesetzes in bezug auf die Gebäudesondersteuer bekannt, ferner einen von Abgeordneten der drei Koalitionsparteien unterzeichneten Antrag, die Regierung wolle prüfen, wie die Dienstzeit für das Personal der Heil- und Pflegeanstalten neu geregelt werden kann und zwar im Sinne einer Verkürzung.

Um 11 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Rückseite des nach Nordost abgezogenen Tiefdruckgebietes strömte auch gestern noch Kaltluft nach dem Festlande und brachte weitere Regenfälle. Mit Unterbrechungen heiterte es auf. Temperatur blieb unter normal. Inzwischen ist das Hoch von Westen so weit herangerückt, daß wir ganz unter seinem Einfluß stehen. Weitere Zufuhr von Kaltluft hat damit aufgehört. Da das Hoch sich über dem Festlande bis zu 770 Kilometer erstreckt, werden wir voraussichtlich einige Tage heiteres Wetter erhalten. — Wetteraussichten für Mittwoch, den 13. Juni: Heiter, trocken und warm.

Zur Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Zur Förderung der Wissenschaften, Juni 1928 in München

Die wissenschaftliche Forschung wurde in Deutschland bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts im wesentlichen von den Gelehrten der verschiedenen Arten deutscher Hochschulen, in den Laboratorien der großen Industriebetriebe und von einigen wenigen Privaten betrieben. Erst seit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unter dem Protektorat Kaiser Wilhelm II. traten hinzu eigene Forschungsstätten, Laboratorien, deren Leiter nur der Forschung zu dienen brauchten. Damit war die Gefahr abgewendet, daß die wissenschaftliche Forschung Deutschlands hinter der anderer Länder zurückbliebe, so weit diese Förderung nicht nur vom Geiste der Menschen abhängt, sondern auch von äußeren Mitteln, über die der Geist nicht verfügen können, wenn er im Fortschritt der Wissenschaften will. Gemäß wird der fortschreitende Mensch mit seinem Verstande, seiner Phantasie und seinen Kenntnissen für den Erfolg immer das Erste und Wichtigste sein. Aber der Forscher braucht auch Zeit, innere Freiheit und Kraft. Auf allen Hochschulen nimmt der immer umfangreichere Unterricht einen großen Teil von Zeit und Kraft der Gelehrten in Anspruch; auch von der ganzen Gedankenrichtung geht viel auf den Unterricht hin. Bei den ärztlichen Forschungen kommt dazu noch der laufende unumgänglich notwendige Dienst am Krankenbett. In den industriellen Laboratorien sind es die praktischen Anforderungen, die einen sehr erheblichen Teil der Zeit des Forschers aufsaugen.

Es bedeutete deshalb eine außerordentliche Förderung der wissenschaftlichen Forschung, als von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eigene Forschungsinstitute gegründet wurden. In ihnen wirken ausgezeichnete Gelehrte und sind in die Lage versetzt, mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit, die keine erfolgreiche Forschung mehr entbehren kann, ihrer Aufgabe obzuliegen. Natürlich wird das erste immer die richtige Auswahl der wissenschaftlichen Arbeiter bleiben. Ein gütiges Geschick hat der Gesellschaft als Präsidenten den großen Gelehrten Adolf von Gernard gegeben. Er ist ein Gelehrter im Sinne Schellings und Fichtes, ein Gelehrter im größten Stil, der alle Seiten der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Forschungen so fabelhaft klar und sicher zu beurteilen imstande ist, daß es ihm immer gelingt, die richtigen Männer an die richtige Stelle zu bringen. Durchdringende Menschenkenntnis unterstützt ihn, wie seinen höchst einfallsvollen und klugen Helfer, Generaldirektor Dr. Gum.

Verständnisvolle Bürger, die Mitglieder der Großindustrie, große Körperschaften, zahlreiche Abgeordnete des Reichstags und die maßgebenden Beamten des Reichs sowie der Einzelstaaten sorgen für die Finanzierung. Es liegt im Interesse der Förderung der Deutschen Wissenschaft, daß alle, Einzeln und Körperschaften, die zu helfen in der Lage sind, tatkräftig mitwirken. Wir Deutsche müssen uns vielfach der Vorwurf der Uneinigkeit machen, aber hier ist es uns eine große Freude zu bekennen, daß Männer aller Denk-, Weltanschauungs-, politischen und religiösen Auffassungen einträchtig zusammenwirken zur Hilfe für die deutsche wissenschaftliche Arbeit. Es ist ein sehr schönes Zeichen, daß trotz der Not der Zeit Reich und Einzelstaaten in der Unterstützung wissenschaftlicher Arbeit ihre vornehmste Pflicht sehen. Denn das entspringt dem gleichen Geist der Einsicht und Tapferkeit, der in Preußens größter Bedrängnis die Universität Berlin gründete. Ohne die wissenschaftliche Durchdringung der Einzelheiten des Kulturlebens ist die Förderung deutscher Kultur nicht möglich und ohne sie würde das Deutsche Reich die Lebensfähigkeit verlieren.

Das Heibelberger Forschungsinstitut, das jetzt gegründet wurde — das 31. der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — soll der Erforschung der normalen und pathologischen Biologie mit besonderer Berücksichtigung der Lebenserscheinungen des Menschen dienen. Hier soll die biologische und klinische Beobachtung zusammenwirken mit strengster chemischer und physikalischer Methodik, und es ist der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelungen, in den Herren Rubin, Dausser und Meyerhof einen Chemiker, einen Physiiker und einen Physiologen ersten Ranges für die junge Anstalt zur Zusammenarbeit mit einem Kliniker zu gewinnen. In München wird diesen Sommer die neue Forschungsanstalt für Psychiatrie eingeweiht. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat mit diesen beiden Instituten ihren Bereich auch auf die Erforschung des kranken Menschen ausgedehnt und damit den Grund gelegt zu Einrichtungen, welche die Deutsche Welt heute noch nicht in ausreichendem Maße besaß.

Wilde Gerüchte und falsche Anschuldigungen in der Schwarzwälder Mordsache

Mit den Bemühungen der Polizeibehörde, den Mörder der Mannheimer Lehrerin ausfindig zu machen, wachen auch die Gerüchte an, wonach bald an dieser, bald an jener Stelle die Polizei des Mörders bereits habhaft geworden wäre. Leider sind alle diese Gerüchte vollkommen aus der Luft gegriffen, auch jenes, das plötzlich am Montag auftauchte, wonach in Berlin der Mörder der Ausrufen Gersbach verhaftet worden sei und auch bereits ein Geständnis abgelegt habe. Verschiedene Verhaftungen, die die Polizei aus ganz anderen Ursachen im badischen Oberland vorgenommen hat, wurden fälschlich mit der schaurigen Mordtat in Zusammenhang gebracht.

Auf einem ganz anderen Blatt steht ein Vorfalle, der aus Rheinfelden berichtet wird. Dort stellte sich am Montag der Polizei ein 36 Jahre alter Kaufmann aus Hamburg, der sich Müller nannte und angab, er sei einer der Mörder der beiden Lehrerinnen Gersbach. Er habe bei der Tat einen Komplizen gehabt, der die Schüsse auf die beiden Damen abfeuerte, während er die Schnitt- und Stichwunden ihnen beigebracht habe. Der Komplize sei aus Metz nach Paris geflüchtet. Er selbst sei der uneheliche Sohn Malkans und einer Tänzerin. Der Verhaftete wurde nach Freiburg überführt. Wem Ansehen nach scheint es sich hier um einen Geistesgestörten zu handeln. Am Sonntag nachmittag nahmen vier Gendarmen auch in Weil eine Razzia vor, die mit dem Mord von Thurner im Zusammenhang stehen soll.

Die Neudeutschlandgruppe Offenburg hatte ihre Pfingsttagung auf dem Thurner abgehalten. Als sie am Samstag nach Pfingsten heimkehrten, fanden einige Teilnehmer an einem Holzstich im Walde einen Spazierstod. Da sich unterwegs niemand als Eigentümer meldete, nahmen sie den Spazierstod nach Hause. Die Meldung von dem Doppelmord auf der Weiskammhöhe ließ dann die Vermutung aufkommen, daß der Spazierstod einer der beiden getöteten Lehrerinnen gehören könne. Der Fund wurde der Staatsanwaltschaft übergeben und diese stellte fest, daß man es mit dem Spazierstod der Luise Gersbach zu tun hat. Die Teilnehmer an der Pfingsttagung der Neudeutschlandgruppe wurden nach Freiburg beordert, und in Begleitung der Kriminal- und Gerichtsbehörden zeigten sie den Ort, an dem sie den Spazierstod gefunden hatten. Es war dies die Stelle, in deren unmittelbarer Nähe — nur einige Meter entfernt — der Doppelmord begangen worden ist. Der Bodenbelag verhinderte eine weitere Umschau an dem betreffenden Platze, sonst wären die Leichen der ermordeten Lehrerinnen schon an jenem Samstag der Pfingstwoche entdeckt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. „Mensch unter Menschen“ (Les Misérables). Der weitverbreitete Roman Viktor Hugo ist für den Film neu bearbeitet. In zwei abgeschlossenen Teilen gelangte das Filmdrama in vielen Akten in den Badischen Lichtspielen zur Aufführung. Ein bedeutungsvolles Problem von Menschlichkeit und Nächstenliebe wird hier in ergreifender Weise geschildert, zugleich eine Mahnung zur Bestimmung auf die Verpfändung der Mitmenschen zur Hilfe an dem Wiederauflieg. Nicht umsonst wurde Viktor Hugo Roman das „Evangelium des Volkes“ genannt. Der tief sinnige Roman mit seiner spannenden Handlung ist vortrefflich für den Film bearbeitet, abwechslungsreich und interessant gestalten sich die vielen Szenen. Die Partien der in die Handlung greifenden Romanfiguren wurden von hervorragenden französischen Schauspielern verkörpert. Zwei besondere Charaktere, Jean Valjean und Kolzeinspektor Javert, treten besonders aus dem Rahmen, ein bedeutender Mitter mit ausgesprochener Menschenliebe ist der Charaktervolle Bischof Myriel. Im Mittelpunkt stehen die Hauptcharaktere, deren Lebensschicksal in einer Fülle von Aufnahmen gezeigt werden. Politische Ereignisse des Jahres 1832 sind in die Handlung einbezogen. Die Revolutionenkämpfe bringen Massenmengen von großer Wirkung. In Einsamkeit endet das tragische Schicksal Valjeans. Der historische Hintergrund der Handlung ist das Frankreich Napoleons (Waterloo) bis zum dritten Kaiserreich. Die fesselnde Handlung des Filmdramas und die ausgezeichnete Darstellungskunst der verschiedenen Charaktere erweist den Zuschauer. Das Filmdrama „Mensch unter Menschen“ ist eine der schönsten Darbietungen der Badischen Lichtspiele, ein Besuch ist besonders zu empfehlen. Die Begleitmusik ist den Bildern schon angepaßt und gibt einen würdigen Rahmen. — Die Opernwochenbahn ergab das Programm mit interessanten Aufnahmen der neuesten Ereignisse.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Heidelberg, 11. Juni. Geheimrat Morgens, der letzte Regierungsdirektor der alten badischen Regierungsinanzkammer der Pfalz in Speyer, beging dieser Tage in körperlicher und geistiger Frische in Heidelberg seinen 70. Geburtstag. Fast seine ganze Dienstzeit verbrachte er in seiner pfälzischen Heimat. Er wurde als erster deutscher Beamter im Januar 1923 von den Franzosen verhaftet, ausgewiesen, und mußte die Stadt verlassen. Der Jubilar wohnt seitdem in Heidelberg.

Bad. Freiburg, 11. Juni. Nach dem Jahresbericht des Freiburger Münsterbauvereins konnte eine durchgreifende Besserung nicht erzielt werden. Die Bestrebungen des Vereins um die Erhaltung des Freiburger Münsters erforderten mühselige Verhandlungen. Vom Reich erhielt der Verein eine Beihilfe von 85 000 M. Die vierte Münsterbaulotterie erbrachte einen Überschuß von 80 000 M. Baden bewilligte einen Zuschuß von 15 000 M. und der Kreisverband einen solchen von 3000 M. Am Münster mußten zahlreiche Erneuerungsarbeiten vorgenommen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Juni		11. Juni	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.70	169.04	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.41	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.985	21.325	21.995	22.035
London . . . 1 Pf.	80.411	80.451	80.405	80.445
New York . . . 1 D.	4.1820	4.1900	4.1800	4.1880
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.80	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.50	80.66
Wien 100 Schilling	58.825	58.945	58.80	58.92
Prag . . . 100 Kr.	12.392	12.412	12.388	12.408

Verschiedenes

Nachrichten von der „Italia“
Aus den der italienischen Gesandtschaft in Oslo neuerdings zugegangenen Nachrichten, ergibt sich ein Tatbestand, der die vollständige Vergung der „Italia“-Mannschaft noch schwieriger erscheinen läßt als vorher, da infolge der Vorgänge bei der erzwungenen Landung der „Italia“ auf dem Eise eine Zerstückung der Expedition nicht nur, wie die ersten authentischen Berichte vermuten ließen, in zwei, sondern sogar in drei Teile eingetreten ist. Während der sich von einer Gruppe von 6 Personen die Rede war, bei der sich Mobile befindet, und von der zwei Mitglieder verwundet sind, sowie von einer 30 Kilometer östlich davon befindlichen Gruppe von 7 Personen, erfährt man jetzt, daß eine dritte kleine Gruppe von 3 Personen vorhanden ist, von der man nicht genau weiß, wo sie sich befindet, und die sich in der Richtung auf das Land in Marsch gesetzt haben soll.
Auf Bitte der italienischen Regierung wird der größte sowjetrussische Eisbrecher nach Spitzbergen zur Rettung Mobiles entsandt worden.

Abflug eines Dornier-Wal-Flugzeuges zur Hilfeleistung für die „Italia“

W.B. Rom, 12. Juni (Tel.) Das Dornier-Wal-Flugzeug, das für die Hilfeexpedition für General Mobile bestimmt ist, ist von Marina di Pisa nach Kingsbay abgeflogen, um an dem Hilfsort für die Mannschaft der „Italia“ teilzunehmen.

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den Rennverein Offenburg.

Dem Rennverein in Offenburg ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am Sonntag, den 17. Juni 1928, auf den zwischen Offenburg und Dorf Bühl gelegenen Wiesen rechts der Ringig „Gewann der unteren Angel“ stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 11. Juni 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Thomas Häfner in Ulmendingen, Amt Pforzheim.

Das Badische Landestheater beklagt den Verlust seines langjährigen Verwaltungsdirektors

Herrn Heinrich Thum

der am Sonntag, den 10. Juni, aus dem Leben schied.

Über dreißig Jahre hat der Dahingeschiedene an hervorragender Stelle seine Kraft im Dienst des Landestheaters bewährt.

Die Generaldirektion hat mit ihm einen Mitarbeiter von unbeirrbarer Treue und unwandelbarer Zuverlässigkeit verloren, einen Mann von starker Persönlichkeit, schöpferischem Willen, lauterstem Charakter. Dienstlich wie menschlich wird ihm ein stetes ehrenvolles Andenken sicher sein.

Generaldirektion
des Badischen Landestheaters

Dr. Waag.

673

Bordüren- Stoffe

in
Kunstseide
Seide
Voile
Wollmusselin

Wunderbare Ausmusterung
Billigste Preise

674

Leipheimer & Mende

Freilichtbühne Walthaldenpark Ettlingen

Sonntag, den 17. Juni 1928, nachmittags 5 Uhr — Einmaliges Ensemble-Gastspiel der Hohentwiel-Festspiele

Ekkehard

Volksschauspiel in 4 Akten mit Chören von Franz Kaim

Spielleitung: Intendant EGON SCHMID
In den Hauptrollen: Darsteller erster Bühnen

Am gleichen Nachmittag um 2 Uhr (Eintr. 50 Pf)

Schülervorstellung

Eintrittspreis 2,50, 1,80, 1, 0,50 RM. Vorverkauf: Musikalienhandlung Müller in Karlsruhe

Bei schlechter Witterung findet die Vorstellung im Sonnensaal statt. Auskunft: Verkehrsverein Ettlingen, Tel. 50
Kasseneröffnung 1 Uhr — Spieldauer ca. 2 Stunden



Badisches Landestheater

Mittwoch, 13. Juni 1928

*C 28 Fh.-Gem. 101—200
und 401—500

Offenbarung

von Georg Kaiser

In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Coste Scholge

Catherine Pettram

Jean-Marc Dahlen

Frau Jettefaug Frauendorfer

Leguerche Brand

Diener Prüiter

Anfang 20 Ende 21 1/2

I. Rang und I. Sperrplatz
5 RM

Do. 14. Juni: Die Hebermanns

Fr. 15. Juni:
Gyran von Bergerac

Gesucht: Vermessungs-Ingenieur oder Badischer Geometer

für die Bearbeitung von Bauplanumlegungen und größeren Fortführungsmessungen. Angebote mit Angabe seitiger Tätigkeit, Gehaltsforderung und Eintrittsmöglichkeit erbeten unter S. 670 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

An der Städtischen Frauenarbeitschule Konstanz ist die Stelle einer

Handarbeitslehrerin

zur Erteilung des Unterrichts in Weißnähen auf 1. November d. J. zu befehlen. Die Lehrerin soll auch für den Unterricht in Kleidermachen ausgebildet sein. Die Verwendung erfolgt im außerplanmäßigen Beamtenverhältnis in Gehaltsgruppe VII der städtischen Befoldungsordnung. Bewerbungen wollen unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen bis zum 15. Juli 1928 hier eingereicht werden.

Konstanz, den 9. Juni 1928.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß wir bereit sind, die Schulverschreibungen unserer Kohlenwertanleihe von 1923, die frühestens am 1. August 1933 fällig sind, bereits vorzeitig mit den nachfolgenden Beträgen einzulösen. Wir fordern demgemäß die Inhaber unserer Kohlenwertanleihe auf, ihre Stücke in der Zeit vom 12. Juni bis 31. Juli 1928 bei den unten genannten Stellen zum Zwecke der Einlösung mit sämtlichen noch nicht fälligen Zinsscheinen und in Begleitung eines doppelten Nummernverzeichnis in arithmetischer Reihenfolge einzureichen.

Die über 1 Tonne lautenden Stücke werden einschließlich des Zinsscheines Nr. 11 vom 1. August 1928 mit 18,50 RM und die auf 17,50 RM abgestempelten Stücke der obigen Frist eingelöst, die übrigen Stückelungen mit den entsprechenden

- | | |
|--|--|
| bei der Deutschen Bank, | bei der Deutschen Bank, |
| " " Direction der Disconto-Gesellschaft, | " " Direction der Disconto-Gesellschaft, |
| " " Berliner Handelsgesellschaft, | " " Berliner Handelsgesellschaft, |
| " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, | " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, |
| " " Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, | " " Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, |
| " " Dresdner Bank, | " " Dresdner Bank, |
| " " Rheinischen Creditbank, | " " Rheinischen Creditbank, |
| " " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G., | " " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G., |
| " " Badischen Bank, | " " Badischen Bank, |
| " " Badischen Girozentrale, | " " Badischen Girozentrale, |
| " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Filiale Mannheim, | " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Filiale Mannheim, |
| " " Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Mannheim, | " " Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Mannheim, |
| " " Dresdner Bank, Filiale Mannheim, | " " Dresdner Bank, Filiale Mannheim, |
| " " Badischen Bank, | " " Badischen Bank, |
| " " Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Karlsruhe, | " " Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Karlsruhe, |
| " " Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, | " " Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, |
| " " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G., Filiale Karlsruhe, | " " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G., Filiale Karlsruhe, |
| " " dem Bankhaus Beit & Homburger, | " " dem Bankhaus Beit & Homburger, |
| " " Bankhaus Straus & Co., | " " Bankhaus Straus & Co., |
| " " der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, | " " der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, |
| " " Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., | " " Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., |
| " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., | " " Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., |
| " " Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Frankfurt a. M., | " " Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Frankfurt a. M., |
| " " Dresdner Bank in Frankfurt a. M., | " " Dresdner Bank in Frankfurt a. M., |
| " " dem Bankhaus Lazard Speyer-Elliffen, Kommanditgesellschaft auf Aktien, | " " dem Bankhaus Lazard Speyer-Elliffen, Kommanditgesellschaft auf Aktien, |
| " " Bankhaus Jacob S. S. Stern. | " " Bankhaus Jacob S. S. Stern. |

Karlsruhe, im Juni 1928.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwert)

O. Helmle.

Fettweis.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Bad. Konservatorium für Musik

Direktion: Franz Philipp.

Öffentliche Prüfungs-Konzerte

I. Vorbereitungs- und Mittelklassen

Freitag, 22. Juni. — Dienstag, 26. Juni. — Mittwoch, 27. Juni. — Mittwoch, 4. Juli. — Donnerstag, 5. Juli. — jeweils abends 6 1/2 Uhr im Saal der Anstalt (Söienstraße 43).

II. Ausbildungsklassen

im Saal der Anstalt: Mittwoch, 13. Juni: Orgel-Abend. H. 675

im Bürgeraal des Rathauses: Freitag, 15. Juni: I. Konzertabend. — Samstag, 16. Juni: Klassiker-Abend. — Dienstag, 19. Juni: Beethoven-Abend. — Mittwoch, 20. Juni: I. Moderner Abend. — Donnerstag, 21. Juni: II. Moderner Abend. — Samstag, 23. Juni: Romanischer-Abend. — Donnerstag, 28. Juni: Schumann-Abend. — Samstag, 30. Juni: Mozart-Abend.

im kleinen Saal der Festhalle: Dienstag, 3. Juli: Schubert-Abend. Konzertaufführung der Oper: „Der häusliche Krieg“. — Freitag, 6. Juli: Kammerorchester-Abend. Arrien, Instrumental-Konzerte mit Orchester. „Stabat Mater“ für Soli, Chor und Orchester von G. B. Pergolesi.

im großen Saal der Festhalle: Dienstag, 10. Juli: Schlußkonzert unter Mitwirkung des Landestheaterorchesters. Händel, Orgel-Konzert F-Dur mit Orchester; Brahms, Klavier-Konzert B-Dur mit Orchester; Reger, Choral-Fantasie „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ für Orgel; Beethoven, Chor-Fantasie für Klavier, Soli, Chor und Orchester.

Zur Mitwirkung in den Chören haben sich Damen u. Herren des Bachvereins, des Lehrgesangsvereins und der Liederkreis-Karlsruhe freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Beginn der Konzerte jeweils abends 8 Uhr.

Gesamtkarten zu 4 RM. und Einzelkarten zu 50 Rpf. bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kurt Neufeldt, Musikhaus Schläle, Franz Tafel sowie an der Abendkasse.

Einladung.

Gemäß § 6 der Satzungen werden die Vereinsmitglieder auf

Dienstag, den 19. Juni 1928, vorm. 11 Uhr, nach Karlsruhe in das Sitzungszimmer der Gebäuderverwaltung, Kaiserstraße 178, zu einer

Mitgliederversammlung

eingeladen mit folgender Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht für 1927/28.
2. Bauunterhaltung.
3. Verwaltung der Kolonie Antenbuch.
4. Wahl des Landesauschusses.
5. Sonstiges.

Karlsruhe, den 4. Juni 1928.

Der Ausschuss des Landesvereins für Arbeiterkolonien in Baden.
Arnold.



Günstig ob Fabrik an Private/Bequeme Verladung, leichtes Handling auf Wunsch. Karlsruher Mercedes-Lord.

N. 239. Philippsburg. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Blechnernmeisters Rudolf Pfeffel in Neudorf ist nach Bestätigung des Vergleichs aufgehoben. Philippsburg, 5. Juni 1928. Badisches Amtsgericht.

Bergebung von Wasserleitungsarbeiten.

Die Gemeinde Tennensbronn, Amt Willingen, vergibt im öffentlichen Submissionsverfahren für die Erstellung der Wasserleitung für den geschlossenen Ortsteil „Dörfler“ folgende Arbeiten:

- a) Das Herstellen von rund 2300 lfd. m Rohrgräben mit den erforderlichen Nebenarbeiten,
- b) Das Liefern und Verlegen von etwa 2300 lfd. m Gühröhren von 40, 60, 80 und 100 mm Lichtweite,
- c) Die Erd- und Betonarbeiten für die Herstellung der Brunnenstube und des 100 cbm fassenden Hochbehälters.

Angebote mit der Aufschrift „Wasserleitung Tennensbronn“ sind bis spätestens Mittwoch, den 20. d. Mts., mittags 12 Uhr, bei der unterzeichneten Dienststelle einzureichen. Dasselbst können Pläne und Bedingungen während der Bürostunden eingesehen und Angebote abgeholt werden. N. 255 Kulturbaumeister Donauschillingen